

Fortsetzung von Seite 29

ken. In den ersten Kriegsmonaten wurden bei Tiktok und Facebook Posts geteilt, in denen gefordert wurde, dass alle Wehrfähigen, die das Land verlassen haben, ihre Staatsbürgerschaft verlieren sollten.

Influencer mit großer Gefolgschaft drohten ihnen im Internet Strafverfolgung an, wenn sie sich trauten zurückzukommen, erinnert sich ein aus gesundheitlichen Gründen Ausgereister. Auch im persönlichen Umfeld kann das schwierig werden: Er erzählt, dass seine Schwägerin ihm Verrat vorwarf an dem Tag, als sein Bruder und ihr Mann an die Front in die Region Donezk geschickt wurde.

Gleichzeitig wird die öffentliche Debatte um die Mobilisierung immer lauter. Da das Kriegsrecht Kundgebungen oder Demonstrationen verbietet, bleibt als Protestmittel gegenüber der Politik nicht viel. Auch deshalb startete der ukrainische Rechtsanwalt Oleksandr Humirow aus Odessa im Mai seine Online-Petition gegen die Wehrpflicht und das Ausreiseverbot für wehrfähige Männer. In der Begründung schrieb er: „Eine Person, die gezwungen wird, Verteidiger zu werden, wird die Ukraine nicht effektiv schützen.“ Die Art der Mobilisierung vergleicht er mit „totalitären Methoden“.

Manches hätte Michail Nasarenko wohl sehr ähnlich formuliert. „Nicht jeder sollte mit einem Gewehr im Graben sitzen. Viele sind in anderen Bereichen effektiver. Insbesondere in der Wirtschaft, deren Steuern den Haushalt des kriegsführenden Landes füllen“, heißt es. Für den Rechtsanwalt sind das Ausreiseverbot und die undurchsichtigen Mobilisierungspraktiken vor allem ein Nährboden für Korruption: „Zu welchem Zweck geht man so vor? Um Besteckungsgelder zu erhalten – die Logik legt nichts anderes nahe.“

Oleksandr Humirows Petition wurde diskutiert, auch von vielen kritisiert, weil sie die Kampfmoral schwächen könnte. Wenige Wochen nach Petitionsstart löschte Humirow sein Facebook-Konto. Auf Telegram schreibt er weiter kritisch über juristische Vorgänge, reagiert aber nicht auf Direktnachrichten der taz.

Seine Petition hatte schon nach drei Tagen mehr als die nötigen 25.000 Unterschriften, die den ukrainischen Präsidenten zu einer Reaktion verpflichten. Selenski reagierte mit Verständnis. In der offiziellen Antwort beruft er sich auf das geltende Kriegsrecht, zählt Paragraphen auf, die die Dienstpflicht und das Ausreiseverbot juristisch stützen.



Aufrufe im Kiewer Ausgehviertel Podil, sich zum Militär zu melden Foto: Peggy Lohse

Die Ukraine verweigere durch das verhängte Kriegsrecht ihren Bürgern ein Menschenrecht, kritisiert der Verein Connection, der sich von Offenbach aus international für die Rechte von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren einsetzt. Über die Partnerorganisation „Ukrainische Pazifistische Bewegung“ wisse der Verein von Tausenden eröffneten Gerichtsverfahren wegen Kriegsdienstverweigerung, sagt Mitglied Rudi Friedrich. Es drohten jahrelange Haftstrafen. „Das ist furchtbar. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung gilt doch nicht nur in guten Zeiten.“ Der Verein schätzt die Zahl der ukrainischen Wehrdienstunwilligen auf mehrere 10.000. Wer nicht irgendwie ins Ausland komme, müsse sich verstechen. „Krieg bringt immer eine starke Polarisierung und Militarisierung der Gesellschaft mit sich“, sagt Friedrich. Die Armee werde verherrlicht. „Das führt zu einer starken Ausgrenzung derer, die da nicht mitmachen wollen. Sie sind einem großen Risiko ausgesetzt.“

Das gilt nun wohl auch für Russland. Nach Putins Mobilmachung in dieser Woche dürfen Russen – bislang offiziell Reservisten – im wehrpflichtigen Alter ihren Wohnort nicht mehr verlassen. Die Bilder von den russischen Grenzübergängen und Flughäfen zei-

gen aber, dass sehr viele versuchen, der Rekrutierung zu entgehen.

Der Krieg geht weiter, die Wehrpflichtregelung, die in der Ukraine zu Friedenszeiten galt, wird sobald nicht zurückkommen. Die ukrainische Regierung steuert zwar nach, allerdings nur minimal: Seit Juli diskutiert das Parlament einen Gesetzentwurf, der einige Regeln zur Wehrpflicht verändern würde. So soll es nun extra für IT-Spezialisten – ein den Autoren des

Entwurfs zufolge besonders wichtiger Wirtschaftszweig für die Ukraine – lockere Ausreisemöglichkeiten geben. Angehörige von im Krieg Gefallenen könnten ebenfalls von der Verpflichtung zum Kampf entbunden werden.

Über die Sommermonate war auch vielfach von einer geplanten Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen ab dem 1. Oktober berichtet worden. Damals hieß es, dass sich zumindest Frauen aus bestimmten Berufsgruppen ab dem Herbst bei der Armee registrieren sollten, damit das Militär im Bedarfsfall auf sie zurückgreifen kann. Anfang September meldete das Verteidigungsministerium aber, dass die Ausweitung aktuell nicht umgesetzt würde.

Kritik an den Mobilisierungspraktiken kommt indes auch aus der Armee selbst. Der Blogger und Feldwebel Waleri Markus kritisierte im Juli bei Facebook, dass die auf der Straße „eingefangen“ Soldaten an der Front „mehr Probleme machen, als sie Nutzen bringen“. Nur „10 bis 15 Prozent“ von ihnen, so schreibt er, könne er gut einsetzen. Die überwiegende Mehrheit sei „eine unmotivierte Masse“, die nur Schwierigkeiten mache und ihm unnötig Zeit und Kraft koste. Eine rechtliche Regelung, wie er die Störenfriede zurückschicken könne, gebe es nicht, klagt er. Der Beitrag des Feldwebels bekam 27.000 Likes und wurde 1.700 Mal geteilt. Es ist nur einer von vielen Beiträgen, in denen er interne Probleme der Armee thematisiert.

Und sogar Verteidigungsminister Oleksij Resnikow selbst verurteilte die Rekrutierung auf der Straße. Durch das willkürliche Verteilen von Vorladungen bekomme der Armeeeid das Image eines „Strafdienstes“, räumte er gegenüber BBC Ukraine ein. Dabei sollten Soldaten aus Überzeugung und Stolz ihr

Land verteidigen. „Manchmal wird die Vorladung für das Überschreiten der Geschwindigkeitsbegrenzung vergeben“, sagt Resnikow. „Ich halte das für völligens Unsinn, denn dem Land zu dienen und das Land zu verteidigen – das sollte definitiv keine Bestrafung sein.“ Resnikow bezeichnet dieses Vorgehen als „Exzesse“. Sie zu unterbinden, hat er offenbar noch nicht geschafft.

Michail Nasarenko ist überzeugt, dass er seinem Land nichts schuldig ist. „Ich finde, ich habe schon so viel für die Ukraine gemacht: über zehn Jahre Aktivismus, Arbeit für ukrainische Unternehmen, saubere Steuern. Das muss doch reichen.“

Er hat noch ein Argument, das ihm wichtig ist. Er richtet sich von seinem Sofa im Café auf. Ruhig, aber bestimmt,

Selbst der Verteidigungsminister warnt vor dem Image eines „Strafdienstes“

sagt er: „Seit Jahren höre ich als queere Person, dass ich nicht gleich bin. Aber jetzt, wo es doch Kampf geht, bin ich plötzlich als doch gleich genug wie alle anderen Männer.“ Kurz überlegt er: „Dieser Staat will jetzt von mir, dass ich bereit bin, für dieses Land zu sterben. Bevor ich für euch kämpfe, will ich erst die gleichen Rechte und meinen Partner heiraten können!“

Auch für die Ehe für alle gab es jüngst eine erfolgreiche Petition, die beim Präsidenten auf deutlich mehr Verständnis stieß als die mobilisierungskritische Petition zuvor. Doch der Queer-Aktivist glaubt nicht an einen schnellen Durchbruch. Er wird sich weiter engagieren, weiter online arbeiten.

Anderst sich an seiner Situation mittelfristig nichts, überlegt Michail Nasarenko, ob er nicht doch nach einer passenden Promotionsstelle im Ausland suchen soll. Es wäre für ihn eine Möglichkeit, dem Kriegsdienst zu entkommen. Möglichst legal. Und: „Möglichst nah an der Ukraine, um weiter meine Liebsten sehen und unterstützen zu können.“

Bei dahin muss er sich weiter verstehen. Licht aus, Vorhänge zu.

Peggy Lohse, 33, ist freie Journalistin und lebt in Frankfurt (Oder). Sie spricht Russisch und etwas Ukrainisch. Michail Nasarenko wollte sich aber lieber auf Englisch unterhalten.



Seine Mitbewohnerin unterstützt Michail Nasarenko Foto: privat

808

Fälle der illegalen Beförderung von Menschen über die Staatsgrenzen wurden im August gemeldet
Quelle: Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine

7,6

Prozent von knapp 1,4 Millionen ukrainischen Staatsbürger*innen, die sich seit dem 24. Februar in Polen registrierten, sind Männer zwischen 18 und 65 Jahren. Das sind 103.686 Personen
Quelle: Open Data, Polen



ÜBERRASCHUNG!

Populisten, Pandemie, Putin – wie ist es nur möglich?! Immer sind die Deutschen total überrascht, wie das jetzt wieder passieren konnte. Und das auch noch. Und das. Die Politik hat aus Überraschungsein ein Prinzip gemacht, um Nichthandeln zu rechtfertigen. Die neue taz FUTURZWEI ist voller Überraschungen. Mit Sibylle Berg, Stefan Fassbinder, Aladin El-Mafaalani, Heike-Melba Fendel, Judith Holofernes, Ivan Krastev, Tereza Matějková, Sönke Neitzel, Luisa Neubauer, Jan Söffner, Florian Schroeder, Peter Unfried und Harald Welzer.

Vier Ausgaben für 34 Euro:

tazfuturzwei.de/abo
futurzwei.abo@taz.de
T (030) 25 902 200

FUTURZWEI-Abo-Prämie

Limitierter Siebdruck auf Bio-Baumwollsack gestaltet von Donata Kindesperk für taz FUTURZWEI

FUTURZWEI
Magazin für Zukunft und Politik